

»Lasst den toben und provozieren«

Europapolitiker Elmar Brok blickt auf Situation in der Türkei – Rundumschlag zum Brexit

Von Wilhelm Adam

Bad Oeynhausen-Eidinghausen (WB). Große Herausforderungen liegen vor Europa – zwei davon sind der Brexit und die heraufziehende Diktatur in der Türkei. Die Zukunftsperspektiven der 27 EU-Staaten skizzierte Europapolitiker Elmar Brok (CDU) am Donnerstag im Wasserschloss Ovelgönne vor etwa 60 Zuhörern.

Aber er mahnte auch zu Wachsamkeit und Gelassenheit. Eingeladen hatte der Wirtschaftsclub Bad Oeynhausen. Den Brexit bezeichnete Brok als »Synonym für schlechte Stimmung und Propaganda«, dem Fakten fehlten. »Man hat den Briten die Kontrolle über ihr Land und ihre Grenzen versprochen«, sagte er. »Das ist eine nackte Lüge. Die hatten sie nie verloren.« Flüchtlinge seien hauptsächlich in der französischen Stadt Calais geblieben. »In Wirklichkeit war das ein Vorwand der Befürworter, denen zu viele Polen in London leben und arbeiten.« Doch Krankenversorgung und der Dienstleistungssektor würden mit dem Austritt zusammenbrechen, prophezeite der 71-Jährige. »Auch Ärzte aus Nordrhein-Westfalen operieren an Wochenenden in London.«

London als Finanzleistungssektor werde als wirtschaftlicher Motor für das Land nicht ausreichen. »Davon hat der Arbeiter in Manchester nichts.« Doch die Menschen dürften für Fehler der Politiker nicht bestraft werden. »Wir müssen Arbeitsbedingungen für drei Millionen EU-Arbeitnehmer in Großbritannien und für etwa 1,5 Millionen Briten auf dem Festland klären. Wir dürfen ihnen ihre Lebensentwürfe nicht zerstören.«



Kay-Uwe Schneider (Zweiter von rechts, erster Vorsitzender des Wirtschaftsclub) begrüßt mit dem zweiten Vorsitzenden Volker Nolting

(links) und Pressesprecher Carsten Rosenbaum (rechts) den Europapolitiker Elmar Brok zur Vortragsveranstaltung. Foto: Wilhelm Adam

Europa werde – zur Überraschung Großbritanniens – bei den Verhandlungen geschlossen auftreten. »Der Europäische Rat, die Kommission und das Parlament werden mit einer geschlossenen Position in die Verhandlung gehen.« Wirtschaftlich werde das Land hinter die Türkei zurückfallen. »30 Prozent der weltweiten Exporte kommen aus der EU«, sagte Brok. »Das ist mehr als die USA und China zusammen aufbringen. Großbritannien kommt gerade mal auf drei Prozent.«

Die Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der EU könnten auf Dauer nicht fortgesetzt werden, wenn das Land Grundprinzipien der Europäischen Charta, wie Gleichberechtigung oder Demo-

kratie, missachte. Die Gefahr einer Abhängigkeit unter Berücksichtigung der Flüchtlingsfrage gebe es nicht. »Lasst den toben und provozieren«, sagte Brok über den türkischen Staatschef. »Die Fakten setzen ihm Grenzen. Zwei Drittel der privaten Investitionen stammen aus der EU.« Weiter sagte er: »Die Türkei sorgt dafür, dass es keine Ertrunkenen mehr in der Ägäis gibt.« Damals seien bis zu 15 000 Menschen täglich nach Griechenland gekommen, heute seien es 60 am Tag. Drei Millionen Flüchtlinge seien derzeit in der Türkei. Im Gegenzug investiere die EU bis 2018 dort drei Milliarden Euro in die Flüchtlingshilfe.

»In der Flüchtlingsfrage diskutieren wir hier immer noch so, als

ob wir im Jahr 2015 wären.« 900 000 Menschen habe die Bundesrepublik 2015 aufgenommen, »im vergangenen Jahr waren es 650 000 weniger.« Brok: »In Afrika wird sich die Bevölkerung in den nächsten 25 Jahren verdoppeln.« Auch Missernten aufgrund des Klimawandels würden die Menschen zwingen, ihre Heimat zu verlassen. »Wir reden dann von Völkerwanderungen, wie sie Europa vor 2000 Jahren erlebte, als das römische Reich unterging.« Diese Herausforderungen könne man nur gemeinsam lösen – wie die Abwehr von Terrorgefahr.

»Auch in London gab es Terroranschläge. Die Engländer werden weiter bei Europol bleiben wollen.« Und nicht Europa sei in der

Flüchtlingsfrage der Sündenbock. »Die Europäische Kommission hat die Bundesländer aufgefordert, unberechtigte Asylbewerber sofort auszuweisen«, mahnte Brok Missstände an. »Aber bei uns lässt sich kein Bundesland in sein Verfahren hineinreden«, ergänzte er in Bezug auf Mehrfachidentitäten von einigen Asylbewerbern. »Der Präsident des Bundesverfassungsschutzes hat kein Weisungsrecht an die Kollegen des Landesverfassungsschutzes in den Ländern.« Vor rechten Gesinnungen warnte Brok: »Wenn alle auf unserem Kontinent die Nummer eins sein wollen, führt das zu Krieg. Wir sollten dankbar sein für 70 Jahre Frieden und unseren Wohlstand, den uns Europa ermöglicht hat.«